

## **OBS-Zusammenfassung: Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2024**

Am 13. November haben die Herausgeber die neue Leipziger Autoritarismus Studie (LAS) 2024 in Berlin vor der Bundespressekonferenz (BPK) der Öffentlichkeit vorgestellt. Inzwischen liegt die 12. Ausgabe vor - seit 2002 erhebt die LAS alle zwei Jahre repräsentativ die Verbreitung autoritärer, rechtsextremer und antidemokratischer Einstellungen in Deutschland. Die OBS fördert die Studienreihe seit 2016 (zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Uni Leipzig). Durch die Unterstützung der OBS werden regelmäßig Themen aus Arbeitswelt und Betrieb aufgegriffen. 2024 blickt die Untersuchung daher zum wiederholten Male auch auf die Wahrnehmung betrieblicher Partizipationsmöglichkeiten durch abhängig Beschäftigte in Deutschland.

Theoretische Grundlage der Arbeit ist die Annahme, dass unsere gegenwärtige (kapitalistische) Gesellschaft einen ständigen Widerspruch produziert: Einerseits das Versprechen auf ein freies, selbstbestimmtes Leben. Andererseits ökonomischer Zwang und wirtschaftliche Notwendigkeit für die große Mehrheit der Bevölkerung, die als Arbeitnehmer\*innen am Arbeitsplatz sowie als Mitglieder einer Volkswirtschaft täglich auch fremdbestimmt bleiben und den Volatilitäten der Marktkräfte unterworfen sind. Kann dem Wunsch nach einem Ende dieser Fremdbestimmung nicht entsprochen werden, so die These, schlägt dieser in destruktive Ressentiments gegenüber "Anderen" um – was die Bedeutung subjektiver Erfahrungen und Wahrnehmungen der Befragten für ihre politischen Einstellungen erklärt.

### **1. Die Entwicklung rechtsextremer und antidemokratischer Einstellungen**

Was die Entwicklung (anti-)demokratischer Einstellungen angeht, zeigt die Untersuchung insgesamt ein betrübliches Bild. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland nehmen zu – wenn auch nicht in dem Maße, wie es die Wahlerfolge der extrem rechten AfD hätten vermuten lassen – und die im Alltag erfahrene Demokratie erlebt einen dramatischen Legitimationsverlust.

Konkret zeigen die Zahlen:

- ▶ Nach langen Jahren des kontinuierlichen Rückgangs steigt der Anteil der Befragten mit geschlossen rechtsextremen Weltbild 2024 erstmals wieder an – auf rund 4,5 Prozent in Ost und West gleichermaßen (2022: 2,7%).
- ▶ Der Anstieg verteilt sich über alle Dimensionen der rechtsextremen Ideologie, insbesondere werden jedoch ethnozentrische Ansichten (Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit) von vielen Menschen in Deutschland geteilt. Im Westen steigen ausländerfeindliche Einstellungen bspw. stark auf 19,3 Prozent (2022: 12,6%) an, während sie im Osten auf hohem Niveau stagnieren (31,5%). Die Ausländerfeindlichkeit<sup>1</sup> droht bundesweit zu einer hegemonialen Weltsicht zu werden.
- ▶ Antisemitische Ressentiments wachsen – insbesondere und bundesweit in Form des israelbezogenen Antisemitismus: 15,6 Prozent der Befragten konstatieren, dass ihnen durch die israelische Politik “die Juden” immer unsympathischer werden (2022: 12,8%). Der “klassische” Antisemitismus – der u. a. die Aussage beinhaltet, dass “auch heute noch der Einfluss der Juden zu groß ist” – nimmt in Westdeutschland auf 4,6 Prozent (2022: 3,2%) zu.

Parallel sind andere Abwertungsformen weiterhin auf hohem Niveau verbreitet, insbesondere solche, die sich als Ressentiments gegen Menschen richten:

- ▶ So fühlt sich rund die Hälfte der Befragten “durch die vielen Muslime hier manchmal wie ein Fremder im eigenen Land” - eine Zunahme im Westen um zwölf, im Osten um sechs Prozent. Rund 47 Prozent (West) bzw. 59 Prozent (Ost) sind darüber hinaus der Meinung, dass Sinti\*zze und Rom\*nja zur Kriminalität neigen.
- ▶ Bundesweit stimmt mindestens jede\*r Fünfte antifeministischen und sexistischen Äußerungen zu. Beispielsweise. befinden 20,2 Prozent, dass “Frauen ihre Schilderungen über sexualisierte Gewalt häufig übertreiben, um Vorteile aus der Situation zu schlagen”. 26,8 Prozent sind überzeugt, dass “Frauen sich wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen sollten”.

---

<sup>1</sup> Zur Erläuterung der Begrifflichkeit “Ausländerfeindlichkeit” siehe die FAQs zur Studienreihe unter: [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

- ▶ Aufgrund der zunehmenden politischen und physischen Attacken gegen Personen mit einer von der Norm abweichenden sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität wurde erstmals auch die Verbreitung transfeindlicher Einstellungen erhoben. Diese werden bundesweit von 40-50 Prozent der Befragten geteilt, mit einer deutlich stärkeren Ausprägung des Ressentiments in Ostdeutschland. So sind z. B. 39,5 (West) bzw. 58,5 (Ost) Prozent der Meinung, dass es “in Deutschland viele mit ihrer Toleranz gegenüber Transsexuellen übertreiben”.

Diese Gemengelage kombiniert sich mit einem insbesondere in Ostdeutschland starken Vertrauensverlust in die Demokratie.

- ▶ Über alle drei abgefragten Arten der Demokratiezufriedenheit – mit der Demokratie als *Idee*, mit der Demokratie, wie sie in der *Verfassung* festgeschrieben ist sowie mit dem *Funktionieren* der Demokratie im Alltag der Bundesrepublik – ist ein Rückgang zu verzeichnen.
- ▶ Allerdings verbleibt die Zustimmung zur Demokratie als grundsätzlicher Idee mit bundesweit 90,4 Prozent (2022: 94,3%) auf hohem Niveau, auch die Zustimmung zur verfassungsmäßig festgeschriebenen Demokratie findet mit 72,9 Prozent (2022: 79,7%) weiterhin eine große Mehrheit in der Bevölkerung.
- ▶ Kritisch steht es um die ohnehin bereits niedrige Zustimmung zur real-existierenden Demokratie in Deutschland. Nur noch 45,5 Prozent (2022: 58,8%) der Westdeutschen und weniger als ein Drittel der Ostdeutschen (29,7%; 2022: 53,5%) sind zufrieden mit der “Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert”. Passend dazu wünschen sich 17,6 Prozent “eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert”.

Aus den Zahlen wird deutlich: Die Gefahr für die Demokratie geht insbesondere von den Ressentiments aus, für die eine Gruppenidentität die Scheidelinie ist. Die Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe wird politisch entscheidend und bedroht die Zustimmung zur Demokratie in der deutschen Bevölkerung.

Dazu passt das Ergebnis, dass objektive Faktoren – wie Einkommen, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit oder Bildung – die Verbreitung rechtsextremer Einstellung nur sehr begrenzt beeinflussen. Viel stärker ist hingegen der Einfluss subjektiver Deprivationserfahrungen und dabei insbesondere die Wahrnehmung, dass es Deutschland insgesamt wirtschaftlich schlecht gehen würde.

Das verweist direkt auf das Agieren extrem rechter Parteien und Organisationen, die beständig vom Untergang sprechen, um Krisenerfahrungen sowie Ressentiments für die eigenen Ziele zu mobilisieren.

## **2. Ressentiments unter jungen Menschen**

Aufsehen erregen in jüngster Zeit Berichte darüber, dass die extreme Rechte (wieder) zunehmend bei jungen Menschen erfolgreich ist.

Die Daten der diesjährigen Erhebung zeigen hingegen ein gemischtes Bild:

- ▶ In Westdeutschland bestätigt sich die langjährige Beobachtung, dass junge Menschen unter 30 Jahre durchschnittlich weniger chauvinistisch und ausländerfeindlich sind als ältere Befragte. Bezüglich Ressentiments der Neo-NS-Ideologie (u. a. Diktatur-Befürwortung) gibt es keine altersspezifischen Unterschiede, mit einer wichtigen Ausnahme: In der westdeutschen Jugend sind antisemitische Einstellungen stärker verbreitet als unter den Ü-30-Jährigen.
- ▶ In Ostdeutschland finden sich kaum Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Auf grundsätzlich hohem Niveau sind junge Ostdeutsche sogar “weniger” ausländerfeindlich als ihre älteren Mitbürger\*innen. Besonderen Zulauf in der ostdeutschen Jugend finden hingegen chauvinistische Ansichten (bspw. “Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben” oder “Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland”).

## **3. Wahlverhalten und Ressentiments**

Analysiert man die rechtsextremen und antidemokratischen Einstellungen nach Wahlverhalten, zeigt sich deutlich: Die gegenwärtig den Diskurs bestimmenden ausländer- und migrationsfeindlichen Aussagen finden ausschließlich unter den Wähler\*innen der AfD Zustimmung.

- ▶ Fast zwei Drittel (60,5%) der AfD-Wähler\*innen sind manifest ausländerfeindlich eingestellt.
- ▶ Hingegen liegen die Werte für CDU/CSU-, SPD-, FDP- sowie BSW- und Nichtwähler\*innen um die 20 Prozent, für Wähler\*innen von Linkspartei (12%) und Grünen (3%) sind sie nochmals deutlich weniger.

- ▶ Interessant sind auch die Einstellungen derjenigen, die nicht wissen, welche Partei sie wählen wollen. Diese Unentschiedenen haben im Item “Ausländerfeindlichkeit” durchgängig ähnlich niedrige Werte wie die Wähler\*innen der Grünen und der Linkspartei. Dies deutet aus Sicht der Studienautor\*innen darauf hin, dass die liberalen Teile in der Wählerschaft von CDU/CSU, SPD und FDP ihren bisherigen Parteien den Rücken kehren könnten.

**Die Ergebnisse legen nahe:** Die AfD hat unter den Unentschiedenen keine Reserven mehr. Zugleich dürften sich diese Wähler\*innen aufgrund der asyl- und migrationspolitischen Verschärfungen der letzten Monate von den demokratischen Parteien enttäuscht zeigen. Die Reaktion der bundesdeutschen Politik ist somit nicht nur als ein (vorschneller) Versuch zu interpretieren, das Thema der Rechten zu einem Thema der Mitte zu machen die autoritäre Flucht wird selbst angetreten. Die demokratischen Parteien biedern sich an die Krisenbewältigung der autoritären Agitatoren an. Nötig wäre hingegen eine Politik der Stärkung demokratischer Vermittlungsorte.

#### **4. Partizipationserfahrungen im Betrieb verschlechtern sich**

2020 untersuchte die LAS erstmalig, in welchem Zusammenhang subjektive Erfahrungen von Beteiligung im Betrieb mit individuellen gesellschaftspolitischen Einstellungen zusammenhängen. Statistisch nachweisbar zeigte sich, dass Erfahrungen von Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt mit einer positiveren Einstellung zur Demokratie auf allen Ebenen einhergehen und die Abwertungsbereitschaft gegenüber Muslim\*innen und Geflüchteten signifikant verringert wird. Auch das Bedürfnis, Frauen in klassische Rollenverteilungen zu drängen sowie generell rechtsextremen Positionen zuzustimmen, wird geschmälert.

Die neuen Daten zeigen: Dieser wichtige protektive Faktor für demokratische Orientierungen erfährt in Ostdeutschland einen dramatischen Absturz, im Westen verschlechtern sich die Werte nur geringfügig.

- ▶ Fast jeder Dritte Ostdeutsche (29,8%) fühlt sich bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergangen. 2020 wurde nur jedem\*jeder Zehnte\*n die Anerkennung als mündiges Subjekt im Betrieb verweigert.

- ▶ Nur noch 27,1 Prozent der Beschäftigten im Osten haben das Gefühl, am Arbeitsplatz offen über Betriebsräte oder Gewerkschaften sprechen zu können, ohne Nachteile befürchten zu müssen (2020: 45,1 %).
- ▶ Auch Kulturen der Solidarität und des kollektiven Handelns im Betrieb verschwinden in der Wahrnehmung der Ostdeutschen zunehmend. 2020 waren fast 70 Prozent überzeugt, "Probleme oder Konflikte im Betrieb am besten gemeinsam mit Kollegen zu lösen", 2024 stürzt dieser Wert auf 46,9 Prozent ab.
- ▶ 28,8 Prozent der Ostdeutschen glauben, durch eigenes Engagement im Betrieb etwas zum Positiven verändern zu können. Vor vier Jahren war noch über die Hälfte (55%) von der Selbstwirksamkeit und Durchsetzungsfähigkeit bei eigenem Engagement überzeugt.

Fazit: Erfahrungen »demokratischer Selbstwirksamkeit« im Betrieb können Tendenzen zu Abwertung Anderer entgegenwirken. Es ist folglich zu erwarten, dass sich die Abnahme dieser Erfahrungen in der Form eines »Spillovers« auch auf die politische Ebene überträgt. Dem gilt es durch eine aktivierende Betriebs- und Gewerkschaftspolitik entgegenzutreten.

*Jupp Legrand, Frankfurt am Main, 14. November 2024*

## Weitere Informationen

